

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Antrag der Bundesregierung – Drucksache 17/13753 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) vom 11. August 2006 und folgender Resolutionen, zuletzt 2064 (2012) vom 30. August 2012 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

Bericht der Abgeordneten Herbert Frankenhauser, Klaus Brandner, Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Roland Claus und Sven-Christian Kindler

Mit dem Antrag bittet die Bundesregierung den Deutschen Bundestag, der von der Bundesregierung am 5. Juni 2013 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2014 zuzustimmen.

Der Einsatz soll unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 13. September 2006 (Drucksache 16/2572), 28. August 2007 (Drucksache 16/6278), 9. September 2008 (Drucksache 16/10207), 18. November 2009 (Drucksache 17/40), 2. Juni 2010 (Drucksache 17/1905), 18. Mai 2011 (Drucksache 17/5864) und 6. Juni 2012 (Drucksache 17/9873), denen der Deutsche Bundestag am 20. September 2006, am 12. September 2007, am 17. September 2008, am 3. Dezember 2009, am 17. Juni 2010 und am 9. Juni 2011 und am 28. Juni 2012 zugestimmt hat, fortgesetzt werden. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten soll weiterhin bei 300 liegen.

Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an UNIFIL

über den 30. Juni 2013 hinaus bis zum 30. Juni 2014 werden rund 26,8 Mio. Euro betragen. Hiervon entfallen auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 jeweils rund 13,4 Mio. Euro. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2013 werden aus den bestehenden Ansätzen des Einzelplans 14 Kapitel 14 03 Titelgruppe 08 bestritten. Für die einsatzbedingten Zusatzausgaben im Haushaltsjahr 2014 wurde im Eckwertebeschluss des Bundeskabinetts für den Bundeshaushalt 2014 Vorsorge getroffen.

Der Haushaltsausschuss hält den Antrag der Bundesregierung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. für mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Finanzplanung des Bundes für die Folgejahre ist entsprechend fortzuschreiben.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, dass der federführende Auswärtige Ausschuss keine Änderungen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen empfiehlt.

Berlin, den 26. Juni 2013

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Herbert Frankenhauser
Berichterstatter

Roland Claus
Berichterstatter

Klaus Brandner
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Dr. h. c. Jürgen Koppelin
Berichterstatter

